



ZULETZT GEÄNDERT 02/2026

- Der Vorstand der LSV BS SH

Die LSV BS SH fordert zu den folgenden Themenbereichen:

1. Bildungsgrundsätze und Schulorganisation

Bildung ist die Grundlage einer gerechten und demokratischen Gesellschaft. Schule muss Raum für individuelle Entwicklung, kritisches Denken und gemeinsames Lernen bieten. Eine moderne Bildungsorganisation muss gerecht, transparent und frei von unnötiger Bürokratie sein. Ziel der LSV BS SH ist ein Schulsystem, das alle Schüler*innen gleichermaßen befähigt, an einer solidarischen, demokratischen Gesellschaft teilzuhaben.

1.1. Gerechte Leistungsbewertung

Wir fordern die Abschaffung der klassischen Schulnoten, da sie keine individuellen und gerechten Leistungsbewertungen ermöglichen.

Stattdessen soll ein System eingeführt werden, das die persönlichen Lernfortschritte und Kompetenzen der Schüler*innen differenziert abbildet und zugleich Vergleichbarkeit sichert.

Zusätzlich sollen die mündlichen Noten durch transparente Bewertungsraster ersetzt werden.

1.2. Abschaffung der Abiturprüfungen

Wir fordern die Abiturprüfungen als überholtes und unverhältnismäßiges Bewertungssystem abzuschaffen.

Die Leistungen der Qualifikationsphase vollständig zur Ermittlung der Hochschulreife heranzuziehen.

1.3. Schulsystem-Reform – Eine Schule für alle

Die Abschaffung des zwei- bzw. dreigliedrigen Schulsystem zugunsten einer gemeinsamen, inklusiven Gesamtschule, in der alle Schüler*innen bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen.

1.4. Oberstufenreform – Spezialisierung schafft Fachkräfte

Wir fordern, dass alle Schüler*innen in der Oberstufe mehr Wahlmöglichkeiten erhalten, in welchen Fächern Sie unterrichtet werden und welche Fachrichtung sie anstreben. Die allgemeinbildenden Gymnasien sollen sich langfristig an den beruflichen Gymnasien orientieren.

1.5. Zentrale Bildungsverwaltung

Wir fordern die Zentralisierung des Bildungssystems in Deutschland, um gleiche Standards, faire Ressourcenverteilung und eine bundesweite Vergleichbarkeit sicherzustellen.

1.6. Alle Lehrpläne zu Fachanforderungen

Wir fordern, dass sofort konsequent alle Lehrpläne zu Fachanforderungen umgeschrieben werden, um den Fokus auf Kompetenzen zu legen.



1.7. Aktualisierte Fachanforderungen und Kompetenzorientierung

Wir fordern, dass Fachanforderungen regelmäßig überprüft und modernisiert werden, um sie an gesellschaftliche, wirtschaftliche und digitale Entwicklungen anzupassen.

Der Fokus muss auf Demokratiebildung, Nachhaltigkeit und praktischen Lebenskompetenzen liegen.

1.8. Abbau von Kontrolle und Repression

Wir fordern, dass generelle Attestpflichten sowie pauschale Kontrollen an Schulen verboten werden.

Schule muss auf Vertrauen, nicht Misstrauen basieren.

1.9. Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Wir fordern die digitale Transformation der Schulverwaltung: elektronische Aktenführung, Online-Kommunikation, vereinfachte Antragsverfahren und datenschutzkonforme digitale Schulplattformen.

1.10. Schulautonomie und Partizipation

Wir fordern, dass Schulen mehr pädagogische und organisatorische Autonomie erhalten unter aktiver Mitbestimmung von Schüler*innen und Eltern.

2. Generelle Mitbestimmung und Schülervertretung

Demokratie beginnt in der Schule. Mitbestimmung bedeutet, dass Schüler*innen aktiv an Entscheidungen beteiligt werden, die ihren Lern- und Lebensraum betreffen. Eine starke Schüler*innenvertretung (SV, KSV, LSV) ist dafür unerlässlich. Sie braucht rechtliche Absicherung, verlässliche Ressourcen und echte Mitsprachemöglichkeiten auf allen Ebenen der Bildungspolitik.

2.1. Demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen

Wir fordern die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung in allen Schulen – von der Klassen- bis zur Landesebene.

Schüler*innen müssen in allen Gremien Antrags-, Rede- und Stimmrechte haben.

2.2. Gemeinsame Landesschüler*innenvertretung

Wir fordern eine gemeinsame Landesschüler*innenvertretung aller Schularten in Schleswig-Holstein mit ausgewogener Vertretung der Interessen aller Schüler*innen.

2.3. Verbindliche Finanzierung der Schülervertretungen

Wir fordern eine verbindliche Mindestfinanzierung:

- 500 € jährlich für jede Schul-SV,
- 5.000 € für jede Kreisschüler*innenvertretung und
- 100.000 € für die Landesschüler*innenvertretungen,

automatisch indexiert mit der Inflationsrate.

2.4. Freistellung und Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

Wir fordern gesetzlich verankerte Freistellungsansprüche für Mitglieder von SV, KSV und LSV und eine Erhöhung der wöchentlichen Ansprüche für Landesschüler*innen- und Kreisschüler*innensprecher*innen, sowie Ausweitung auf die stellv. LSS. Es muss eine flexible Regelung geschaffen werden, die den LSS in seiner Amtsführung nicht behindert.

Auch Arbeitgeber*innen müssen für den Einsatz von Berufsschüler*innen in der SV-, KSV- und LSV-Arbeit Freistellung gewähren.

Im Schulgesetz soll ein Freistellungsanspruch für Delegierte zu Versammlungen einer bundesweiten Schüler*innenvertretung geschaffen werden.



2.5. Unterstützungsstrukturen und Verbindungslehrkräfte

Wir fordern die Bereitstellung einer stellvertretenden Landesverbindungslehrkraft und zwei Ausgleichsstunden für alle Verbindungslehrkräfte pro Woche, vier für Kreisverbindungslehrkräfte. Die Wahl von Verbindungslehrkräften und Kreisverbindungslehrkräften soll im Schulgesetz verpflichtend verankert werden.

2.6. Unabhängige Geschäftsstelle der LSV

Wir fordern eine räumlich und personell eigenständige Geschäftsstelle für die Landesschüler*innenvertretungen Schleswig-Holsteins.

Diese muss unabhängig vom für Bildung zuständigen Ministerium arbeiten und darf nicht unter der fachlichen Aufsicht abgeordneter Lehrkräfte stehen.

2.7. Verlässliche Kommunikation

Wir fordern regelmäßige, niedrigschwellige Austauschrunden zwischen dem für Bildung zuständigen Ministerium (Schulaufsichten), LSVen und KSVen, einschließlich der Hausspitze (Minster*in, Staatssekretär*in)

Für die SVen fordern wir regelmäßige Austauschtermine mit der jeweiligen Schulleitung.

2.8. Rechtsschutz und Beschwerdemöglichkeit für Schüler*innen

Wir fordern die Einrichtung einer anonymen Meldestelle bei der Schulaufsicht, an die Schüler*innen Verstöße und Fehlverhalten melden können.

Darüber Hinaus sollte stets sichergestellt werden, dass die Rechte von Schüler*innen gewahrt werden.

2.9. Strukturierter Dialog mit dem SHIBB

Wir fordern, dass das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) verpflichtet wird, vor grundlegenden Änderungen an Schulformen oder Bildungswegen einen strukturierten Dialog mit Schulleitungen, Lehrkräften, Schüler*innenvertretungen und Ausbildungspartner*innen zu führen. Dieser Diskurs soll verbindlich dokumentiert und öffentlich einsehbar sein.

2.10. Landesweites Vernetzungsportal für die SVen

Die LSV BS SH fordert ein landesweiter digitales Schüler*innenvertretungsportal, über das die SVen vor Ort Zugang zu einem Funktionspostfach, wichtigen Informationen, Vernetzungsangeboten und SV- Materialien erhalten.

2.11. Mitbestimmung bei der Stundenplangestaltung

Wir fordern, dass Schüler*innenvertretungen, insbesondere Klassensprecher*innen in die Planung, Optimierung und mögliche Flexibilisierung der Stundenpläne einbezogen werden. Das MBWFK wird aufgefordert, organisatorische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine flexible Verschiebung oder Festlegung einzelner Unterrichtsstunden zu ermöglichen.

3. Unterricht und Lernqualität

Guter Unterricht ist das Herzstück jeder Schule. Lehrqualität entsteht durch fachliche Kompetenz, pädagogisches Geschick und gute Rahmenbedingungen. Die LSV BS SH setzt sich für modernen, praxisnahen, digitalen und gerechten Unterricht ein, der Vielfalt fördert und individuelle Lernwege ermöglicht.

3.1. Angemessene Klassengröße und Unterrichtsversorgung

Wir fordern kleine Klassen und Lerngruppen.

Der Klassenteiler soll um mindestens 20%, am besten um 40% gesenkt werden, und die Unterrichtsversorgung ist auf mindestens 110% zu erhöhen, um Ausfälle zu vermeiden.



3.2. Qualifizierte und motivierte Lehrkräfte

Wir fordern, dass alle Lehrkräfte, insbesondere Quereinsteiger*innen, eine umfassende pädagogische und medientechnische Ausbildung erhalten.

Außerdem müssen regelmäßige, verpflichtende Fortbildungen zu Pädagogik, Inklusion, Gendergerechtigkeit, Digitalisierung und ihren Fachkompetenzen garantiert werden.

3.3. Gerechter Einsatz und faire Arbeitsbedingungen

Wir fordern, dass Lehrkräfte ausschließlich in ihren Fachrichtungen eingesetzt werden und angemessene Entlastung bei Prüfungen, Korrekturen und Klassenfahrten erhalten. Dazu gehört ein Bereitschaftsgeld für mehrtägige Fahrten außerhalb der regulären Arbeitszeit.

3.4. Lehrkräfte-Evaluation durch Schüler*innen

Wir fordern, dass Schüler*innen Lehrkräfte anonym evaluieren können. Die Ergebnisse müssen veröffentlicht, im Kollegium besprochen, in den Konferenzen behandelt und zur Qualitätsverbesserung genutzt werden.

3.5. Unterrichtsformen der Zukunft

Wir fordern zeitgemäße Unterrichtsformen wie Doppelstunden, betreute Lernzeiten, Projektunterricht, Portfolioprüfungen und kooperative Lernformate.

Hausaufgaben in ihrer bisherigen Form sollen abgeschafft werden.

3.6. Faire Leistungsbewertung

Wir fordern eine faire und transparente Leistungsbewertung:

- anonyme Klausuren,
- Korrekturfristen von maximal 4 Wochen,
- nicht mehr als 4 schriftliche Leistungsnachweise pro Wochen und
- keine Prüfungen und Nachschreibetermine an Wochenenden.

3.7. Moderne Lehrmittel und Lernmittelfreiheit

Wir fordern die vollständige Lernmittelfreiheit für alle Bildungsgänge, einschließlich Fachbücher, Tablets, branchenspezifisches Material und Berufskleidung.

3.8. Digitale Schule

Wir fordern die flächendeckende digitale Ausstattung aller Schulen mit WLAN, Smartboards, Endgeräten und sicheren Lernplattformen.

Schulen dürfen dabei keine personenbezogenen Nutzerdaten speichern.

3.9. Medien und Nachrichtenkompetenz

Wir fordern die verbindliche Integration von Medienbildung, Quellenkritik und digitaler Verantwortung in allen Fachanforderungen.

3.10. Unterrichtsqualität sichern und überprüfen

Wir fordern einen unabhängigen "Schul-TÜV", der Schulen regelmäßig evaluiert und die Ergebnisse transparent veröffentlicht.

3.11. Von der Befehlskette zur Beziehungskultur

Wir fordern, dass im Vorbereitungsdienst sowie in der Lehrkräfteausbildung an Berufsschulen verpflichtende Module zu Machtkritik, Hierarchien im Bildungssystem und feministischer Pädagogik eingeführt werden. Dabei soll insbesondere die Reproduktion patriarchaler, autoritärer Strukturen im Schulalltag reflektiert und dekonstruiert und die Partizipation erhöht werden.

3.12. KI – Kritische Insights

Wir fordern landesweite und bildungsgang-/fachspezifische Regelungen zur Nutzung künstlicher Intelligenz im Unterricht und bei Klausuren. Außerdem sollen KI-Tools aktiv in den Unterricht integriert und dort auch inhaltlich, pädagogisch und datenschutzkonform behandelt werden.

3.13. Weltverständnis statt Indoktrinierung

Wir fordern die Streichung von Religions- und Philosophieunterricht. Ersetzend soll Weltverständnis als Fache geschaffen werden, welches nicht nur die Elemente von Ethik, kritisches Hinterfragen und Verständnis der Weltreligion und Grundsätze des philosophischen Denkens behandelt. Dazu soll eine entsprechende Fachanforderung geschaffen werden.

3.14. Ausgleichsstunden nach dem Abitur

Wir fordern, dass nach dem Schreiben der schriftlichen Abiturprüfungen, die Schüler*innen eine reduzierte Stundenzahl erhalten. Dieses System soll an die allgemeinbildenden Gymnasien angeglichen werden.

4. Soziale Gerechtigkeit und Finanzierung

Bildung ist ein Grundrecht und darf nicht vom Einkommen, sozialen Hintergrund oder Wohnort abhängen. Soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem bedeutet, dass alle Schüler*innen unabhängig von ihrer Lebenslage die gleichen Chancen auf Erfolg und Teilhabe haben. Dazu gehören finanzielle Unterstützung, Lernmittelfreiheit und eine faire Ausbildungsförderung.

4.1. Bildung ohne finanzielle Barrieren

Wir fordern, dass Zugang zu Bildung in Schleswig-Holstein vollständig kostenfrei ist – von der Kita bis zur Hochschule.

Elternbeiträge zu Klassenfahrten, Lernmitteln, Prüfungen oder verpflichtenden Schulaktivitäten müssen abgeschafft werden.

4.2. Gerechte Ausbildungs- und Studienfinanzierung

Wir fordern die finanzielle Gleichstellung von Ausbildungs- und Studienplätzen – gleiche Chancen, gleiche Unterstützung.

4.3. Elternunabhängiges und gerechtes BAföG/BAB

Wir fordern, dass BAföG und BAB elternunabhängig, geschwisterunabhängig und unbürokratisch gewährt werden.

Anträge sollen digitalisiert, vereinfacht und sozial gerechter gestaltet werden.

4.4. Faire Vergütung für Ausbildung und Praktikum

Wir fordern eine gesetzliche Mindestvergütung für Ausbildungen und Praktika, die mindestens dem gesetzlichen Mindestlohn entspricht.

4.5. Kostenlose Unterbringung für Berufsschüler*innen

Wir fordern, dass Berufsschüler*innen, die aufgrund ihres Ausbildungsortes längere Schulwege haben, Anspruch auf kostenfreie Unterbringung oder Wohnraumförderung erhalten.

4.6. Keine Kürzung im Bildungswesen

Wir fordern, dass der Bildungsetat des Landes nicht gekürzt, sondern langfristig ausgebaut wird.

Lehrkräfte-Abbau ist sofort zu stoppen.

4.7. Bildungsgerecht finanzieren – Zukunft ermöglichen

Wir fordern, dass die Schulfinanzierung bundesweit gleichgestellt und von der regionalen Wirtschaftskraft unabhängig gestaltet wird.

4.8. Staatlich geförderte Innovationsfonds

Wir fordern die Einrichtung eines Innovationsfonds, der Schulen ermöglicht, innovative Projekte und Konzepte eigenständig zu entwickeln und umzusetzen.

4.9. Steuerliche Entlastungen für Bildungsgüter

Wir fordern die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel sowie auf Lern- und Unterrichtsmaterialien.

4.10. Kostenlose Sprache für alle

Die volle Übernahme der Kosten für anerkannte Sprachzertifikate durch öffentliche Mittel für alle Schüler*innen

5. Nachhaltigkeit und Mobilität

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Bildungsauftrag. Schulen müssen Lernorte sein, die ökologisches Bewusstsein, Verantwortung und zukunftsorientiertes Handeln fördern. Mobilität, Energieverbrauch und Verpflegung sind dabei ebenso wichtig wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Die LSV BS SH setzt sich für ein klimafreundliches, nachhaltiges und sozial gerechtes Schulsystem ein.

5.1. Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wir fordern, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Fachanforderungen verbindlich verankert wird.

Schüler*innen sollen befähigt werden, ökologische, soziale und ökonomische Zusammenhänge kritisch zu reflektieren und verantwortungsvoll zu handeln.

5.2. Nachhaltige Schulgebäude und Beschaffung

Wir fordern, dass alle Schulen nach energieeffizienten, ökologischen und barrierefreien Standards saniert oder gebaut werden.

Nachhaltige Materialien, Klimafreundliche Heizsystem und ressourcenschonende Beschaffung sollen verpflichtend sein.

5.3. Kostenfreie, tragbare und digitale Schulmobilität

Wir fordern eine moderne, umweltfreundliche und digitale Schulmobilität:

- Kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen,
- Ausbau und Taktverdichtung von Bus und Bahn sowie Reaktivierung stillgelegter Bahnlinien,
- barrierefreie Zugänge und sichere Fahrradwege,
- kostenloses WLAN in Verkehrsmitteln und intelligentes Entschuldigungssystem bei ÖPNV-bedingten Verspätungen.

5.4. Nachhaltige Digitalisierung

Wir fordern, dass bei der Digitalisierung der Schulen Nachhaltigkeit mitgedacht wird – etwa durch effiziente Soft- und Hardware, energiesparende und -bewusste Nutzung, langlebige Geräte und Recyclingprogramme.

Besonders soll die Digitalisierung aber auch bei Schüler*innen einen nachhaltigen Kompetenzerwerb hervorbringen.

6. Politische Bildung

Politische Bildung ist die Grundlage einer lebendigen Demokratie. Schule hat den Auftrag, junge Menschen zu selbständigem Denken, kritischem Hinterfragen und verantwortungsvollem Handeln zu befähigen um mündige Bürger*innen zu schaffen. Politische Bildung muss daher fächerübergreifend stattfinden, Demokratie erlebbar machen und vor Extremismus sowie Diskriminierung schützen.

6.1. Politische Bildung als Kernaufgabe der Schule

Wir fordern, dass politische Bildung und Demokratieverständnis als fester Bestandteil aller Fachanforderungen und Bildungsgänge verankert werden.

Dazu gehört die Förderung von Medien-, Diskussions- und Beteiligungskompetenzen sowie die Stärkung des Verständnisses für Grundrechte, Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe.

6.2. Eigenständige Fächer: Politik- und Geschichtsunterricht

Wir fordern die Einrichtung der eigenständigen Fächer "Politik" und "Geschichte" an allen berufsbildenden Schulen, welche regelmäßig, mit mindestens 2 Wochenstunden und praxisnah unterrichtet werden.

6.3. Demokratiebildung im Schulalltag

Wir fordern, dass Schulen demokratische Entscheidungsprozesse erlebbar machen – etwa durch eine gestärkte Schülervertretung, Beteiligungsprojekte und Wahltrainings.

Lehrkräfte sollen für Demokratiepädagogik qualifiziert und Schüler*innen zur aktiven Mitwirkung ermutigt werden.

Der Beutelsbacher Konsens sollte stets als Vorbild gelten.

6.4. Erinnerungskultur und historische Verantwortung

Wir fordern, dass jede*r Schüler*in während der Schulzeit mindestens einmal eine Gedenkstätte des Nationalsozialismus besucht.

Der Geschichtsunterricht soll die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und totalitären Systemen fördern und Bezüge zur Gegenwart herstellen.

6.5. Aufklärung über Extremismus und Diskriminierung

Wir fordern umfangreiche Aufklärung über alle Formen von Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit.

Schulen müssen aktiv und transparent gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorgehen.

6.6. Konsequenzen bei verfassungsfeindlichen Verhalten

Wir fordern, dass Lehrkräfte, die gegen die freiheitliche-demokratische Grundordnung handeln oder Mitglieder rechtsextremer Organisationen (u.a. die AfD) sind, aus dem Schuldienst entfernt werden.

6.7. Mitbestimmung auch auf Landesebene

Wir fordern, dass im Land Schleswig-Holstein zur Förderung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen, sowie als Instrumente der politischen Bildung ein Landesjugendbeirat unter Einbeziehung der großen Jugendverbände und Jugendvertretungen, sowie der LSVen im Land gebildet wird.

6.8. Europäische und globale politische Bildung

Wir fordern die Schaffung einer Europäischen Zentrale für politische Bildung (EZPB).

Ebenfalls sollen im Politikunterricht europäische und internationale Zusammenhänge stärker integriert werden, um globale Verantwortung und Solidarität zu fördern.



6.9. Projekttag als Mittel der politischen Bildung

Wir fordern die Einführung von mindestens zwei verpflichtenden Projekttagen pro Schuljahr an berufsbildenden Schulen, die sich mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen beschäftigen.

7. Lebensraum Schule

Schule ist mehr als ein Lernort – sie ist Lebensraum, sozialer Treffpunkt und Ort der Persönlichkeitsentwicklung. Damit sich Schüler*innen wohlfühlen und entfalten können, braucht es gute Ausstattung, Inklusion, Gleichstellung, Gesundheitsförderung und eine Kultur des Respekts. Die LSV BS SH setzt sich für Schulen ein, die sicher, inklusiv, barrierefrei und wertschätzend sind.

7.1. Schule als Ort des Wohlbefindens

Wir fordern, dass Schulen Orte sind, an denen sich alle Beteiligten sicher, respektiert und wohl fühlen.

Dazu gehören Rückzugsräume, Ruhebereiche, gesunde Lernbedingungen und eine offene, wertschätzende Schulkultur.

7.2. Ausstattung und Schulräume

Wir fordern ergonomisches Mobiliar, ausreichende Schließfächer, funktionale Arbeitsräume, digitale Infrastruktur und moderne Mensen an allen berufsbildenden Schulen.

7.3. Schulverpflegung und Gesundheit

Wir fordern die kostenlose Bereitstellung gesunder, ausgewogener Mahlzeiten mit veganen, vegetarischen und halal- zertifizierten Optionen.

Zudem sollen Schulen Konzepte zur Bewegung, Ernährung und mentaler Gesundheit verankern.

7.4. Inklusion und Teilhabe

Wir fordern, dass Schulen konsequent inklusiv gestaltet werden – baulich, organisatorisch und pädagogisch.

Jede Schule muss barrierefrei zugänglich sein und individuelle Nachteilsausgleiche anbieten.

7.5. Individuelle Förderung und Nachteilsausgleich

Wir fordern transparente und einheitliche Regelungen für Nachteilsausgleiche sowie individuelle Förderkonzepte für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen, Teilleistungsstörung (z.B. LRS, Dyskalkulie etc.) oder besondere Begabungen.

Alle Maßnahmen sollen frühzeitig, nachvollziehbar und diskriminierungsfrei umgesetzt werden.

7.6. Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt

Wir fordern, dass alle Schulen ein diskriminierungsfreies Umfeld für queere, trans* und nicht-binäre Personen schaffen.

Dazu gehören auch die Anerkennung des dgti-Ergänzungsausweises sowie die konsequente Nutzung des gewählten Namens.

7.7. Gleichstellung und gendergerechte Bildung

Wir fordern, dass Lehrkräfte verpflichtend auf geschlechtergerechte Sprache und Darstellungsformen achten.

Das Thema "Gendergerechtigkeit" ist verbindlich in den Fachanforderungen, insbesondere im Deutschunterricht, zu verankern.



7.8. Sensibilisierung und Prävention

Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte zur Antidiskriminierung, Mental Health und Gewaltprävention.

Schulen sollen Konzepte für einen achtsamen Umgang mit psychischen Belastungen entwickeln.

7.9. Hygiene, Privatsphäre und Grundbedürfnisse

Wir fordern ausreichend genderneutrale Toiletten, kostenfreie Menstruationsprodukte und sichere Trinkwasserversorgung an allen Schulen.

7.10. Kommunikation und Partizipation im Schulalltag

Wir fordern, dass Informationsflüsse zwischen Schüler*innen, Lehrkräfte und Schulleitung verbindlich und transparent geregelt werden.

7.11. Religiöse und kulturelle Bedürfnisse

Wir fordern, dass an allen Schulen Gebetsräume eingerichtet werden und religiöse Feiertage respektiert werden.

7.12. Schüler*innen Meinung durch und durch

Schüler*innen aktiv in die Planung und Durchführung von Schulfahrten und anderen Veranstaltungen mit einbezogen werden.

7.13. Schule als Schutzort

Die LSV BS SH fordert verpflichtende Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt für alle berufsbildenden Schulen und Ausbildungsbetriebe in Schleswig-Holstein. Dazu gehören Präventionsworkshops, geschulte Ansprechpersonen und vertrauliche Beschwerdewege. Diese sind verbindlich im Curriculum zu verankern, jährlich zu behandeln und im Rahmen schulinterner Evaluationen regelmäßig zu überprüfen

7.14. Schulbegleitung

Wir fordern, dass das für Bildung zuständige Ministerium ein Landeskonzept Schulbegleitung erarbeitet und sicherstellt, dass binnen zwei Monaten nach Bekanntwerden des Bedarfs eine Schulbegleitung zur Verfügung steht. Außerdem ist eine Härtefallreserve vorzuhalten, die bei dringendem Bedarf vorübergehend abgerufen werden kann.

8. Bundesweite und Internationale Schule

Bildung endet nicht an Landesgrenzen. Schüler*innen brauchen Austausch, Kooperation und gemeinsame Stimme – national wie international. Die LSV BS SH setzt sich dafür ein, dass Schüler*innenvertretungen bundesweit vernetzt sind und internationale Bildungsprojekte gefördert werden, um globale Perspektiven und Solidarität zu stärken.

8.1. Inhalte demokratisch sichern

Wir fordern, dass die Satzungen bundesweiter Zusammenschlüsse sicherstellen, dass inhaltliche Anträge beraten und demokratisch nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt werden.

8.2. Schüler*innengremium wie KMK

Wir fordern, dass die Bundesschülerkonferenz sich stärker an der Struktur und Arbeitsweise der Kultusministerkonferenz orientiert, um eine gleichwertige Vertretung der Schüler*innen Interessen zu erreichen.

8.3. Mehr Internationaler Austausch

Wir fordern, dass internationale Austauschprogramme für Schüler*innen und Lehrkräfte stärker gefördert und ausgebaut werden.



8.4. Partnerschulen für Europa

Wir fordern, dass Partnerschaften zwischen Schulen im In- und Ausland aktiv unterstützt werden, um interkulturelle Kompetenz und europäisches Bewusstsein zu fördern.

8.5. Internationale Kosten? Gesichert!

Wir fordern, dass berufliche Austauschprogramme und Praktika im Ausland finanziell unterstützt werden.

8.6. Europa in den Unterricht

Wir fordern, dass europäische und internationale Bildungsinitiativen aktiv in den Unterricht integriert werden, um globale Verantwortung und Friedensbildung zu fördern.

8.7. Finanzielles für Soziales

Wir fordern die finanziellen Mittel für die unterschiedlichen Formen der sozialen Dienste (FSJ, BFD, etc.) zu erhalten und langfristig auszubauen.